

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Montag (Nachmittag), 16. November 2015

Polizei- und Militärdirektion

**7 2015.POM.257 Fristverlängerung Vollzug
Fristverlängerungen für den Vollzug überwiesener Motionen und Postulate 2015. POM**

Der Regierungsrat beantragt:

M 054-2012 Mühlheim (Bern, glp) vom 19.03.2012: Interventionskonferenzen bei Gewalt und Drohungen gegen Behörden

Behandlung im Grossen Rat: 6. September 2012

Beschluss Grosser Rat: Annahme als Postulat

Zweite Fristverlängerung um ein Jahr, bis 2016

M 098-2012 Grimm (Burgdorf, glp) vom 08.05.2012: Wirksames Vorgehen gegen Littering und Wildplakatierung

Behandlung im Grossen Rat: 24. Januar 2013

Beschluss Grosser Rat: Annahme als Postulat

Fristverlängerung um zwei Jahre, bis 2017

M 174-2012 Linder (Bern, Grüne) vom 03.09.2012: Genügend Unterkünfte für Asylsuchende im Kanton Bern in Kooperation mit den Gemeinden zur Verfügung stellen.

Behandlung im Grossen Rat: 24. Januar 2013

Beschluss Grosser Rat: Annahme

Fristverlängerung um zwei Jahre, bis 2017

M 194-2012 Kneubühler (Nidau, FDP) vom 06.09.2012: Mehr Wettbewerb um Betreuung Asylsuchender – für professionelle und qualitativ hochstehende Betreuungsdienstleistungen

Behandlung im Grossen Rat: 24. Januar 2013

Beschluss Grosser Rat: Annahme

Fristverlängerung um zwei Jahre, bis 2017

M 019-2013 Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP) vom 21.01.2013: Ursachen von Gewalt und nicht Symptome bekämpfen

Behandlung im Grossen Rat: 19. November 2013

Beschluss Grosser Rat: Annahme als Postulat

Fristverlängerung um zwei Jahre, bis 2017

P 123-2013 Muntwyler (Bern, Grüne) vom 13.05.2013: Bekämpfung von Diebstählen aus Autos mit erheblichem Schadenspotential

Behandlung im Grossen Rat: 19. November 2013

Beschluss Grosser Rat: Annahme

Keine Verlängerung. Ist bereits abgeschrieben.

Präsident. Wir kommen zu den Fristverlängerungen überwiesener Vorstösse.

Natalie Imboden, Bern (Grüne), Kommissionssprecherin der FiKo. Sie haben hier ein Geschäft vor sich, das Ihnen in jeder Direktion wieder begegnen wird, nämlich die Fristverlängerungen. Die FiKo beantragt Ihnen bei einer Motion, die überwiesen wurde, nämlich bei der Motion 174-2012, «Genügend Unterkünfte für Asylsuchende im Kanton Bern in Kooperation mit den Gemeinden zur Verfü-

gung stellen» eine Änderung. Die Motion wurde im Jahr 2012 eingereicht und am 24. Januar 2013 hier im Rat überwiesen. Der Regierungsrat beantragt hier eine Fristverlängerung bis Ende 2017. Er begründet dies damit, dass das Anliegen der Motion kurz- mittel- und langfristig umgesetzt werden müsse. Die FiKo beantragt Ihnen dagegen, die Fristverlängerungen um ein Jahr bis Ende 2016 zu gewähren. Dies in dem Sinne, als es einen Konsens darüber gibt, dass die Umsetzung dieser Motion wichtig ist. Es braucht genügend Unterkünfte, und die Zusammenarbeit mit den Gemeinden ist wichtig. Diese Arbeiten sollen vorangetrieben werden. Daher beantragt die FiKo eine Fristverlängerung bis Ende 2016 statt bis Ende 2017.

Präsident. Sie haben den Antrag der FiKo gehört. Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? – Das ist nicht der Fall. Der Regierungspräsident verzichtet ebenfalls auf das Wort. Wir können demnach abstimmen. Wer dem Antrag der FiKo, wie ihn Frau Imboden erläutert hat, zustimmen will, stimmt ja, wer dies ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung Antrag (FiKo gegen Antrag Regierung)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme Antrag FiKo

Ja	133
Nein	2
Enthalten	0

Präsident. Sie haben dem Antrag der FiKo zugestimmt. Den übrigen Fristverlängerungen stimmt der Grosse Rat stillschweigend zu.